



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
Deutschland und seine Bürger in Uniform (15. November 2009)

Ein Reporter der „New York Times“ in Deutschland beschreibt das distanzierte Verhältnis der Deutschen zu ihren Streitkräften und vergleicht es mit der Situation in den Vereinigten Staaten, wo Soldaten auf die breite Unterstützung der Gesellschaft bauen können.

Keine Parade für Hans

Berlin – Häufig habe ich, während ich hier in der deutschen Hauptstadt den Hauptbahnhof passierte, die traurige, einsame Figur eines Soldaten gesehen, den schweren Rucksack auf dem Rücken, auf einen Zug wartend wie der Rest von uns, doch unterscheidet er sich von der Masse durch die Uniform, die er trägt. Niemand würde auf die Idee kommen, ihm für seinen Dienst zu danken oder ihn zu fragen, ob er nach Afghanistan entsendet würde.

Die Einsamkeit war offensichtlich, doch manchmal hatte ich den Eindruck, sogar etwas wie Angst vor den gelegentlichen unfreundlichen Blicken wahrzunehmen, welche der Soldat neben der Unempfindlichkeit der breiten Massen auf dem Bahnsteig, die einfach versuchten, so zu tun, als gäbe es ihn nicht, empfangt.

Vor kurzem beschrieb ich meine Eindrücke einer Gruppe von Soldaten eines Erkundungstrupps in Afghanistan, wo deutsche Soldaten in Bodenkämpfe verwickelt sind, wie sie ihr Militär seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat.

Ein Unteroffizier, der sein Leben beinahe täglich in der Nähe von Kundus riskierte, erinnerte sich an einen Besuch in Berlin, während dessen er in einem Bahnhof seine Uniform trug. Man sagte ihm, er solle sich verdrücken, ansonsten würde man ihn zusammenschlagen.

„Es war schockierend“, sagte der Offizier, Marcel B., der entsprechend den Regeln des deutschen Militärs nicht mit vollem Namen genannt werden darf. „Man schaut auf uns herab. Die amerikanischen Soldaten erzählen mir von der Anerkennung, die sie erhalten, wie die Leute einfach auf sie zu kommen und ihnen sagen, dass sie etwas Gutes tun.“

Letzten Mittwoch erinnerte Bundeskanzlerin Angela Merkel als erstes deutsches Staatsoberhaupt gemeinsam mit französischen Regierungsvertretern in Paris an den Waffenstillstand, der den Ersten Weltkrieg beendete.

Es war ein weiteres Zeichen dafür, wie weit ihr Land auf seinem Weg gekommen ist, die Beziehungen zu seinen ehemaligen Feinden, die nun seine Verbündeten und Partner sind, zu reparieren. Tatsächlich treibt Deutschland die europäische Empfindlichkeit gegen den Krieg – entstanden durch Jahrhunderte der Gewalt und insbesondere die Zerstörungen des 20. Jahrhunderts – weiter als die Franzosen, Briten, Niederländer und andere dies tun.

Anstatt am 11. November die Veteranen zu ehren oder an den Waffenstillstand zu erinnern, begeht man in Deutschland an diesem Sonntag den Volkstrauertag, einen nationalen Trauertag, an dem sowohl den Soldaten als auch den Zivilisten gedacht wird, die im Krieg ums Leben gekommen sind, ebenso wie den Opfern gewaltsamer Unterdrückung. Die deutsche Gesellschaft hat aufgrund der NS-Zeit ein schwieriges Verhältnis zum Krieg. Dieses resultierte in einer generell pazifistischen Einstellung sowie einer Opposition gegen den Großteil aller bewaffneten Konflikte, was auch die mehrheitliche Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes einschließt, die sich häufig im Misstrauen gegenüber Soldaten in Uniform ausdrückt.

In dieser Hinsicht gibt es einen grundlegenden Unterschied zur gegenwärtigen Einstellung in den USA, wo selbst Gegner der jüngsten Militäreinsätze in Irak und Afghanistan deutlich bemüht waren, ihrer Unterstützung für den einfachen Soldaten Ausdruck zu verleihen, der zum Kämpfen und vielleicht auch zum Sterben entsendet wird.

Die deutschen Männer und Frauen in Afghanistan ziehen ohne die Unterstützung der Bevölkerung in den Krieg, und sie sind sich dessen bewusst, dass sie bei ihrer Rückkehr keine jubelnden Menschenmengen auf den Straßen erwarten werden, um sie zu Helden zu erklären. Deutschland hat der Heldenverehrung den Rücken gekehrt. Die Soldaten kämpfen allein.

„Dieses Gefühl der Wertschätzung, das bekommt man nicht, das Gefühl, dass die Leute stolz auf dich sind, wenn du deine Uniform trägst“, sagte Heike Groos, die über ihre Zeit als Militärärztin in Afghanistan geschrieben hat. „Junge Leute sterben. Junge Menschen werden schwer verletzt und man fühlt sich fehl am Platz und einsam bei dem Gedanken, dass niemand in Deutschland es versteht und es niemanden in Deutschland überhaupt interessiert.“

Das deutsche Militär wurde in den 1950er Jahren als Stütze des NATO-Bollwerks gegen die sowjetische Expansion wiederhergestellt, allerdings war es auf eine Funktion als reine Verteidigungsarmee beschränkt. Obwohl sie in der Katastrophenhilfe ausgebildet wurden und an Manövern teilnahmen, waren deutsche Streitkräfte bis zu ihrer Teilnahme am NATO-Einsatz im Balkan in den 1990er Jahren in keinerlei Kampfhandlungen verwickelt. Jetzt versucht das deutsche Militär sich auf die radikal veränderten Bedingungen einzustellen, welche die Berufssoldaten in Kämpfen in Afghanistan erwarten (Wehrpflichtige können nur dann entsendet werden, wenn sie freiwillig ihren Wehrdienst verlängern).

Im Juli verlieh Bundeskanzlerin Merkel vier deutschen Soldaten, die in Afghanistan gedient hatten, die ersten Tapferkeitsorden des Landes seit dem Zweiten Weltkrieg. Im September eröffnete Bundespräsident Horst Köhler hier in Berlin eine Gedenkstätte für die seit 1955 im Militäreinsatz Gefallenen.

Daniel Libeskind, der Architekt des Jüdischen Museums in Berlin, gestaltet das ehemalige ostdeutsche Militärmuseum in Dresden um, das künftig als Museum der Geschichte der Bundeswehr genutzt werden soll.

Und letzte Woche reiste der neue deutsche Verteidigungsminister, Karl-Theodor zu Guttenberg, nach Afghanistan, wo er den Soldaten sagte: „Ich glaube, dass unser gemeinsames Vaterland stolz auf Sie sein kann. Ich weiß, dass ich es bin.“

Doch solcherlei offizielle Anerkennung der veränderten Gegebenheiten ist nicht das selbe wie eine breite Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft.

„*Support the troops*“ mag wie ein hohles Mantra klingen, bis man in einem Land lebt, das es einfach nicht tut. In den USA verbinden sich die Fähnchen in den Schaufenstern, die Autoaufkleber, die gelben Bänder an Baumstämmen und Haustüren – ganz zu schweigen von dem Gefühl nationaler Trauer, das Präsident Obama letzte Woche nach dem Amoklauf in Fort Hood ansprach – zu einer Art psychologischem Sicherheitsnetz für Soldaten.

Für mich als Amerikaner fingen die Grüße der Talkshowmaster und Football-Moderatoren an die Soldaten an, ein wenig obligatorisch zu klingen, bis ich aus Afghanistan zurückkehrte und mit besonderer Aufmerksamkeit das deutsche Fernsehen verfolgte, in der Hoffnung, wenigstens eine ähnliche Geste zu entdecken. Bis jetzt habe ich das nicht.

In der Vietnam-Ära drückte sich die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft hinsichtlich des Krieges darin aus, dass heimkehrende Soldaten in Uniform von den Parolen der Demonstranten begrüßt wurden. Seitdem hat sich jedoch dahingehend ein Konsens gebildet, dass die Entscheidungsträger die Verantwortung für die Kriegspolitik tragen sollten, während junge Männer und Frauen in Uniform für die Risiken, die sie für ihr Land auf sich nehmen, Unterstützung erfahren sollten.

Reinhold Robbe, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, sagte er sei bis heute von seinen Erinnerungen an Reisen nach Tampa, Washington und El Paso beeindruckt, auf denen er gesehen habe „wie wildfremde Leute den Soldaten ein Bier ausgeben“.

„In Deutschland gibt es kein wirkliches Mitgefühl für die Soldaten, die jeden Tag Leib und Leben riskieren“, sagte Robbe, 55.

Robbes eigene Erfahrungen zeichnen die Komplexität der Einstellung der Deutschen gegenüber ihrem Militär der Nachkriegszeit nach. Als Jugendlicher verweigerte er den Wehrdienst mit der Begründung, er verstehe nicht, weshalb er auf Verwandte in Ostdeutschland schießen solle. Als Mitglied des Bundestages gehörte er 1995 jedoch zu einigen Dutzend Sozialdemokraten, die sich über die Linie der Partei hinweg für den Bosnien-Einsatz aussprachen. Als Ergebnis dessen war sein Gesicht auf Plakaten mit der Aufschrift „Die Kriegstreiber“ zu sehen und Robbe erhielt Polizeischutz.

Das war eine Zeit des offenen Pazifismus; an dessen Stelle ist nun etwas anderes getreten. „Verglichen mit jenen Tagen sind wir heute ein bisschen weiter, ein bisschen mehr daran gewöhnt“, sagte Robbe. „Aber man überlässt es im Wesentlichen dem Bundestag und will eigentlich nichts damit zu tun haben, und der Soldat erhält nicht die moralische Unterstützung, die er verdient hat.“

Quelle: Nicholas Kulish, „No Parade for Hans,” *New York Times*, November 14, 2009.

Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche: Insa Kummer